



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Oktoberfestattentat – Respekt und Anerkennung für die Opfer

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer historischen Verantwortung für die gesellschaftspolitische Aufarbeitung des Oktoberfestattentats vom September 1980 gerecht zu werden und sich für umfassende Hilfen für die Opfer des Attentats einzusetzen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert:

- sich auf allen Ebenen für die weitere politische Aufklärung der rechtsextremen Hintergründe und Zusammenhänge des Oktoberfestattentats einzusetzen;
- das Oktoberfestattentat offiziell als rechtsterroristischen bzw. rechtsextremen Anschlag anzuerkennen;
- sich im Bund dafür einzusetzen, dass den überlebenden Opfern des Attentats ein Zugang zu Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz und aus den „Fonds für Terroropfer“ bzw. für „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ beim Bundesamt für Justiz ermöglicht wird;
- einen eigenen bayerischen Fonds für Betroffene des Oktoberfestattentats einzurichten, der schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfen zur Linderung von konkreten physischen, psychischen und materiellen Folgen des Attentats bereitstellt. Der bayerische Opferfonds sollte dabei nicht nur die Finanzierung von Sachleistungen ermöglichen, sondern jedem noch lebenden Opfer des Attentats einen festen Betrag als symbolische „Wiedergutmachung“ garantieren.

Begründung:

Beim Oktoberfestattentat handelt es sich um den größten rechtsextremen Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik. Durch eine am Eingang des Festgeländes deponierte Bombe kamen am 26.09.1980 13 Menschen zu Tode und weitere 211 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Bombe wurde von dem rechtsradikalen Student Gundolf Köhler, der selbst bei dem Anschlag ums Leben kam, in einem Papierkorb deponiert. Er wurde von den zuständigen Sicherheitsbehörden sehr schnell als Einzeltäter dargestellt. Mögliche rechtsextreme Hintergründe der Tat und Kontakte von Köhler zur rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann wurden in den Ermittlungen unmittelbar nach dem Anschlag weitgehend vernachlässigt.

Viele Opfer leiden bis heute unter den körperlichen, psychischen und materiellen Folgen des Attentats. Da der Anschlag sehr schnell als die Tat eines psychisch verwirrten Einzeltäters dargestellt und die rechtsterroristischen politischen Hintergründe verleugnet wurden, haben die überlebenden Opfer bis heute auch keinen Zugang zu Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz oder zu anderen Fonds für Opfer rechter

oder rassistischer Gewalt. Sie wurden lediglich auf Leistungen durch das Landesversorgungsamt verwiesen. Viele Opfer fühlen sich deshalb durch Politik und Gesellschaft allein gelassen und vergessen.

Die Einstufung des Oktoberfestattentats als rechtsterroristischer bzw. rechtsextremer Anschlag ist eine notwendige Voraussetzung, um den überlebenden Opfern den Zugang zu Leistungen aus verschiedenen Bundesfonds für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt zu ermöglichen. Außerdem brauchen die Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfen zur Linderung der unmittelbaren physischen, psychischen und materiellen Folgen der Tat. Sie leiden immer noch unter den Spätfolgen der körperlichen Verletzungen oder benötigen eine psychologische Betreuung. Kosten für eine Psychotherapie, für technische Hilfsmittel wie Gehhilfen, Rollstuhl oder orthopädische Schuhe, für notwendige Kuren oder Reha-Leistungen, werden oft nicht vom Versorgungsamt anerkannt.

Die Stadt München geht hier mit gutem Beispiel voran und stellt den Betroffenen in den Jahren 2018 und 2019 jeweils 50.000 Euro für konkrete Unterstützungsleistungen zur Verfügung. Dies ist auch ein Zeichen der Anerkennung und des Respekts gegenüber den Opfern des Oktoberfestattentats. Der städtische Fonds für die Opfer des Attentats kam durch einen interfraktionellen Ratsbeschluss zustande, an dem sich alle großen demokratischen Parteien SPD, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Bayernpartei, ÖDP und DIE LINKE beteiligt haben. Fast 40 Jahre nach dem Attentat ist es nun an der Zeit, dass sich auch die Staatsregierung und der Landtag zu ihrer historischen Verantwortung bekennen und ein eindeutiges Signal der Solidarität und des Respekts gegenüber den Opfern beschließen.